



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzung am: Dienstag, 17. September 2024
Sitzungsbeginn öffentlicher Teil: 19:30 Uhr
Sitzungsende öffentlicher Teil: 20:25 Uhr
Ort: Vereinsraum Jakobstalhalle

Teilnehmer:

Erster Bürgermeister	Herpich Thomas
Zweite Bürgermeisterin	Ruf Karoline
Dritter Bürgermeister	Endres Bernd
Gemeinderat	Beck Josef
Gemeinderat	Bell Bernhard
Gemeinderat	Elbert Andreas
Gemeinderat	Günther Sven
Gemeinderat	Mödl Maximilian
Gemeinderätin	Schmitt Tatjana
Gemeinderat	Schwalbe Tobias
Gemeinderat	Seefried Holger
Gemeinderat	Stoll Marcus

Gemeinderätin Schmitt tritt der
Sitzung um 19:50 Uhr bei.

Entschuldigt:

Gemeinderat	Hofmann Reinhold
Gemeinderat	Lang Johannes
Gemeinderat	Dr. Sonnek Georg

Schriftführer/-in:

Bauamtsleiter	Thomas Häusner
---------------	----------------

Die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates war gegeben.

TOP	Tagesordnung öffentliche Sitzung
01.	Aufstellung einer 6. Änderung des Gesamtbebauungsplans Teil I - Abschluss des Verfahrens nach § 215 a BauGB für Bebauungsplanverfahren nach § 13b in der bis zum Ablauf des 31. Dezember 2023 geltenden Fassung
01.01	Risikoabwägung Baumfallgrenze
01.02	Ausgleichsflächenbedarf
01.03	Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange
01.03. 01	Dt. Telekom Technik GmbH vom 11.10.2021
01.03. 02	Mainfranken Netze GmbH vom 13.10.2021
01.03. 03	Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 30.11.2017, 13.10.2021, 27.01.2022, 20.10.2022, 05.05.2023
01.03. 04	team orange vom 21.10.2021
01.03. 05	BUND Naturschutz in Bayern vom 21.10.2021
01.03. 06	Vodafone GmbH vom 04.11.2021 (2 Stellungnahmen)
01.03. 07	Regionaler Planungsverband vom 05.11.2021
01.03. 08	Regierung von Unterfranken vom 03.11.2021
01.03. 09	Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg vom 11.11.2021
01.03. 10	Landratsamt Würzburg vom 11.11.2021 und vom 26.04.2023
01.04	Bauleitplanverfahren: Billigungs- und Auslegungsbeschluss
02.	KiTA Theilheim: LV500.2 Garten- und Landschaftsbauarbeiten mit Asphaltbauarbeiten: Vergabe (Dringlichkeitsentscheidung des Ersten Bürgermeisters vom 12.09.2024)
03.	Informationen des Ersten Bürgermeisters
03.01	Theilheimatfest 2025
03.02	Reform der STVO: Neue Anordnungsmöglichkeiten-für Kommunen
03.03	Inbetriebnahme Aufzug in der Grundschule
03.04	Änderungsvertrag Mittelschulverband Würzburg-Ost
03.05	Waldneuordnung
03.06	Höchstspannungsleitung Grafenrheinfeld - Großgartach
04.	PV-Freiflächenanlage "Solarpark Theilheim südlich BAB A 3"
05.	Fragen aus dem Gemeinderat
05.01	Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 22.07.2024

05.02 Glasfaserausbau

TOP	Öffentliche Sitzung
------------	----------------------------

Erster Bürgermeister Herpich eröffnete um 19:00 Uhr die Sitzung und begrüßte die Mitglieder des Gemeinderates und die anwesenden Besucherinnen und Besucher.

Im Ratsinformationssystem ist der Vermerk zu der dieser Sitzung voran gegangenen Bürgerfragestunde hinterlegt.

TOP 01.	Aufstellung einer 6. Änderung des Gesamtbebauungsplans Teil I - Abschluss des Verfahrens nach § 215 a BauGB für Bebauungsplanverfahren nach § 13b in der bis zum Ablauf des 31. Dezember 2023 geltenden Fassung
Lfd. Nr.	

Sachverhalt:

Auf die Informationen vom 03.06.2024 wird verwiesen (als Anlage beigelegt):

Gemeinden können auf Basis des neuen § 215 a BauGB Bauleitplanverfahren nach dem bisherigen § 13 b abschließen und müssen nicht in das Regelverfahren wechseln.

Dabei sind folgende Punkte in der Anwendung des § 215 a BauGB zu beachten:

- **Der Satzungsbeschluss ist bis zum Ablauf des 31.12.2024 zu fassen.**
- § 13 a BauGB ist i. V. m. § 215 a Abs. 3 BauGB grundsätzlich anwendbar: Dies bedeutet, dass auch ein Bebauungsplan, der von Darstellungen des Flächennutzungsplans abweicht, aufgestellt werden kann, bevor der Flächennutzungsplan geändert oder ergänzt ist; die geordnete städtebauliche Entwicklung des Gemeindegebiets darf nicht beeinträchtigt werden; der Flächennutzungsplan ist (nur) im Wege der Berichtigung anzupassen. **Die Änderung des Flächennutzungsplanes ist damit nicht genehmigungspflichtig.** „Diese Erleichterung kann unabhängig vom Ergebnis der Vorprüfung nach § 215 a Abs. 3 Satz 1 BauGB genutzt werden.“ (siehe Schamberger, KommunalPraxis Bayern 2024, 86: Der neue § 215a BauGB – Die Reaktion des Gesetzgebers auf die Unionsrechtswidrigkeit des § 13b BauGB)

Zwischenzeitlich wurde durch das Büro Martin Beil, Landschaftsarchitekt BDLA, Würzburg, geprüft, ob der Plan voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen hat und ob Beeinträchtigung des Landschaftsbildes oder der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts entsprechend auszugleichen wären. Da voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen entstehen werden, hat die Gemeinde Theilheim eine vollwertige Umweltprüfung durch das Büro Martin Beil, Landschaftsarchitekt BDLA, Würzburg, durchführen und einen Umweltbericht erstellen lassen; dieser ist Bestandteil der Begründung der 6. Änderung des „Gesamtbebauungsplans – Teil I“ mit integriertem Grünordnungsplan (siehe Anlage).

Zu den zusammengefassten Ergebnissen der Umweltprüfung (siehe Begründung der 6. Änderung des „Gesamtbebauungsplans – Teil I“ mit integriertem Grünordnungsplan):

Artenschutz:

Geprüft wurden nach einer Relevanzprüfung folgende Tierarten, -gruppen und ökologischen Gilden:

- Säugetiere: Fledermäuse, Haselmaus
- Vogelarten: ökologische Gilden der Obstwiesen und Siedlungsränder.

Artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG im Hinblick auf nach Anhang IV der FFH-Richtlinie und nach Art. 1 der Vogelschutz-Richtlinie geschützte Tierarten können vermieden

werden, wenn die aufgeführten, Konflikt vermeidenden Maßnahmen und vorgezogenen Maßnahmen ergriffen werden.

Die unter Kapitel 3.1 aufgeführten Konflikt vermeidenden Maßnahmen und vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen unter Kapitel 3.2 sind im Bebauungsplan als Festsetzungen aufzuführen, damit artenschutzrechtliche Verbotstatbestände vermieden werden.

Umweltbericht:

Die geplante Erweiterung des „Allgemeinen Wohngebiets“ umfasst eine Fläche von ca. 0,21 ha.

Davon entfallen

- ca. 0,018 ha auf öffentliche Verkehrsflächen,
- ca. 0,193 ha auf ein Allgemeines Wohngebiet mit einer GRZ von 0,4.

Hinzu kommen noch 0,09 ha externe Ausgleichsflächen.

Mit den Festsetzungen der Grünordnungsplanung werden Eingriffe auf den Naturhaushalt und das Landschaftsbild vermieden und gemindert. Durch Ausgleichsmaßnahmen können die nicht vermeidbaren Eingriffe und Auswirkungen funktionell ausgeglichen werden.

Artenschutzrechtliche Verbotstatbestände gemäß § 44 BNatSchG treten unter Beachtung Konflikt vermeidender Maßnahmen sowie vorgezogener Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahme) für nach Art. 1 der Vogelschutz-Richtlinie und Anhang IV der FFH-Richtlinie geschützte Arten nicht ein.

Wirkfaktoren	Anlagebedingt	Baubedingt	Betriebsbedingt
Schutzgut Boden / Fläche	erhebliche Auswirkungen (hoch)		
Altlasten, Bodenbelastungen	nicht bekannt	Nicht zu erwarten	
Fläche, Versiegelung und Überbauung	Flächeninanspruchnahme von 0,21 ha; Nutzung als Gartenfläche / Flurweg; Erhebliche Auswirkungen durch Verlust von Bodenfunktionen durch Versiegelung und Überbauung (bis zu 1.164 m² zzgl. 180 m² Erschließungsstraße) und Veränderung von Böden.	Bodenverdichtung während des Baubetriebs	
Schutzgut Wasser	erhebliche Auswirkungen (mittel)		
Überschwemmungsgebiet	nicht betroffen		---
Trinkwasserschutzgebiet			
Grundwasser	Veränderung der Neubildungsraten durch Versiegelung / Überbauung	Fachgerechter Schutz – keine Auswirkung	Bei fachgerechtem Schutz keine Auswirkung
Oberflächenabfluss / Versickerung	Erhöhter Abfluss gegenüber Bestand		Keine Auswirkung
Schutzgut Klima/ Luft	erhebliche Auswirkungen (mittel)		
Lokalklima, Be-/ Entlastungen	Geringe lokalklimatische Veränderung durch Überbauung;	Emissionen Baumaschinen/ Transport, zeitweise Beeinträchtigung	Geringe lokale Veränderung;
Schutzgut Tiere, Pflanzen, Lebensräume, Artenvielfalt	Erhebliche Auswirkungen (hoch)		
Lebensräume und Arten	Inanspruchnahme von <ul style="list-style-type: none"> Grünweg – ca. 180 m². Wiesenflächen, extensiv genutzt und mäßig artenreich, ohne Gehölzbestand – ca. 310 m², Wiesenflächen, extensiv und mäßig artenreich, mit Gehölzbestand (Obstgehölze, Laubbäume, Fichten) - ca. 1.630 m², ⇒ geringe bis höhere Auswirkungen	Geringe Auswirkungen bei Beachtung von Vermeidungsmaßnahmen	Geringere Auswirkungen bei Beachtung von Vermeidungsmaßnahmen
Besonderer Artenschutz	Keine Verbotstatbestände durch Vermeidungsmaßnahmen / CEF-Maßnahme		

Wirkfaktoren	Anlagebedingt	Baubedingt	Betriebsbedingt
Schutzgut Landschaft	Auswirkungen geringer Erheblichkeit		
	Dauerhafte Änderung – Wiederherstellung durch Eingrünung	kurzzeitige Beeinträchtigung durch Baustellenbetrieb	
Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter	Keine erheblichen Auswirkungen		
Schutzgut Mensch (Bevölkerung, Gesundheit)	Keine erheblichen Auswirkungen		
Lärm/ Schallschutz	Keine Auswirkungen	Emissionen Baumaschinen/ Transport, temporäre Beeinträchtigung.	Keine Beeinträchtigungen

Mit dem durch den Bebauungsplan ermöglichten Vorhaben sind unter Berücksichtigung der Minderungs- und Vermeidungsmaßnahmen sowie der Ausgleichsmaßnahmen keine nachhaltigen und erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten.

Beschluss 1:

Wahl des Verfahrens:

Die Gemeinde Theilheim wird das Bauleitplanverfahren für die 6. Änderung des Gesamtbebauungsplans Teil I nach § 215 a BauGB i. V. m. § 13 a BauGB zum Abschluss bringen. § 13 a Abs. 2 Nrn. 1 und 4 BauGB sind nicht anwendbar, da erhebliche Umweltauswirkungen vorliegen: Im beschleunigten Ergänzungsverfahren können damit die Vorschriften des vereinfachten Verfahrens nicht in Anspruch genommen werden. (§ 215 a Abs. 3 BauGB).

Die Gemeinde stellt ergänzend fest, dass die geordnete städtebauliche Entwicklung des Gemeindegebiets mit der 6. Änderung des Gesamtbebauungsplans Teil I nicht beeinträchtigt wird.

Nach Abschluss des Bauleitplanverfahrens ist der Flächennutzungsplan im Wege der Berichtigung anzupassen.

Abstimmungsergebnis: 11 : 0

TOP 01.01	Risikoabwägung Baumfallgrenze
Lfd. Nr.	

Sachverhalt:

Die Gemeinde Theilheim hat in ihrer nichtöffentlichen Sitzung am 17.07.2023 eine vorberatende Risikoabwägung zum Thema Baumfallgrenze durchgeführt; der Beschlussbuchauszug ist als Anlage beigelegt.

Um einen möglichen Verfahrensfehler wegen Verstoßes gegen den Öffentlichkeitsgrundsatz (Art. 52 Abs. 2 Satz 1 GO) auszuschließen, empfiehlt es sich, über den Beschlussvorschlag zur Risikoabwägung der Baumfallgrenze in öffentlicher Sitzung nochmals zu beraten und zu beschließen; auf den Sachvortrag und die rechtliche Würdigung zur Sitzung vom 17.07.2023 wird vollinhaltlich verwiesen.

Dieses Vorgehen empfiehlt auch die Kanzlei Ulbrich & Kollegen der Gemeinde.

Die nachfolgenden Formulierungshilfe stellt ausdrücklich keine Beschlussempfehlung dar; eine Entscheidung des Gemeinderats über das weitere Vorgehen ist mit möglicherweise erheblichen Risiken behaftet. Eine Wertung der Risiken verbleibt damit beim Gemeinderat, der selbstverständlich auch außerhalb der nachfolgenden Formulierungshilfe Beschluss fassen kann.

Beschluss 1:

Die Gemeinde nimmt abschließend eine Beurteilung der vorliegenden planerischen Konflikte wie folgt vor:

- **Die Vermeidung einer Baumwurfgefahr liegt in aller Regel im Verantwortungsbereich des verkehrssicherungspflichtigen Waldbesitzers (BayVGH 1997).**
- **Der Waldbesitzer hat keinen Anspruch, dass der Baumwurfbereich eines benachbarten Grundstückes von jeglicher Bebauung freigehalten wird – unabhängig von einer Haftungsfreistellungserklärung des Bauherrn (BayVGH 2017).**
- **Das Bayer. Waldgesetz enthält keine Vorschrift für einen Mindestabstand zu Waldflächen. Das angeführte IMS vom 11.07.1986 beinhaltet lediglich Empfehlungen.**
- **Zu berücksichtigen ist, dass Bäume auf oder in der Nähe von bebauten Flächen erwünscht sind; ein absoluter Ausschluss der Baumwurfgefahr ist angesichts des ansonsten**

erwünschten Grüns aber nicht möglich (siehe auch Nr. 4 des Schreibens des Bayer. Staatsministeriums des Innern vom 11.07.1986, Nr. II B7-4101-4.21).
Die Bauleitplanung kann nicht jedwedes Lebensrisiko abdecken.

- In Theilheim gibt es vielfach Vergleichsfälle, nicht zuletzt im Gebiet des Gesamtbebauungsplanes 1 selbst: Nicht nur dort stehen Wohnhäuser ganz oder teilweise im Bereich der Baumfallgrenze, selbst die Jakobstalhalle ist als Bezugsfall zu benennen.

Die vorliegende Einschätzung des Sachverständigen zur Stabilität der Bestockung ist ausreichend, die Waldbesitzer haben bereits durch Ausholzen einen stabilen Zustand hergestellt.

Eine ergänzenden Festsetzung im Bebauungsplan zur trümmersicheren Errichtung von Gebäuden wie vom Landratsamt Würzburg vorgeschlagen ist überzogen und nicht vermittelbar und kann allenfalls als Hinweis im Bebauungsplan erteilt werden.

Es wird festgestellt, dass objektiv eine Gefahr für Leben und Gesundheit von Menschen nicht vorliegt.

Dieser Abwägungs-Beschluss ist als Anlage der Begründung des Bebauungsplanentwurfs beizufügen.

Abstimmungsergebnis: 11 : 0

TOP 01.02	Ausgleichsflächenbedarf
Lfd. Nr.	

Sachverhalt:

Der Ausgleichsflächenbedarf wurde durch das Büro Martin Beil, Landschaftsarchitekt BDLA, ermittelt und ist in der Anlage beigelegt. Die Eigentümer der Grundstücke der Baugebietserweiterung (Nutznießer) haben keine Möglichkeit, Ausgleichsfläche zur Verfügung zu stellen.

1. Bürgermeister Herpich hat deshalb das gemeindliche Ackergrundstück Fl.Nr. 2480 (Kuttenlochgraben) zur Ausgleichsflächenberechnung zur Verfügung gestellt. Das Büro Beil hat auf Grundlage der Beschaffenheit und Nutzung eine Ausgleichsfläche von 920 m² ermittelt. Diese Fläche ist im Umweltbericht und in der Bebauungsplanänderung dargestellt.

Der Nutznießer hat für die 920 m² eine einmalige Entschädigung von 1 €/m² = 920 € angeboten. Daneben hat er für den Aufwand aufzukommen, der für die Herstellung der Ausgleichsfläche gemäß den Festlegungen des Umweltberichts notwendig ist. Das gleiche gilt für den Unterhalt der Fläche.

Der städtebauliche Vertrag enthält dazu bislang keine Regelungen.

Beschluss 1:

Die Gemeinde Theilheim stellt für die 6. Änderung des Bebauungsplanes „Gesamtbebauungsplan – Teil I“ die notwendige Ausgleichsfläche von 920 m² aus dem Grundstück Fl.Nr. 2480 (Kuttenlochgraben) zur Verfügung.

Dafür ist von dem Nutznießer eine einmalige Entschädigung in Höhe von 920 € zu leisten.

Daneben hat der Nutznießer für die Anlegung der Ausgleichsfläche und deren Unterhalt aufzukommen.

Darüber ist eine juristisch verfasste Ergänzung zum städtebaulichen Vertrag vom 12.09./01.10.2019 zu schließen, deren Kosten der Nutznießer ebenfalls zu tragen hat.

Abstimmungsergebnis: 11 : 0

TOP 01.03	Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange
Lfd. Nr.	

Sachverhalt:

Der Gemeinderat der Gemeinde Theilheim hat in seiner Sitzung am 14.09.2021 den Aufstellungsbeschluss für die 6. Änderung des Bebauungsplanes „Gesamtbebauungsplan – Teil I“ für die Grundstücke Fl.Nr. 1326, 1328, 1329/1, 1330 und 1331, Gemarkung Theilheim, im Bereich „Winterleite“ im Verfahren nach § 13 b BauGB – beschleunigtes Verfahren - gefasst.

Der vom Büro Wegner aus Veitshöchheim ausgearbeitete Entwurf zur 6. Änderung des Bebauungsplanes „Gesamtbebauungsplan – Teil I“ in der Fassung vom 20.07.2021 wurde in der Sitzung des Gemeinderats am 14.09.2021 gebilligt und die Auslegung nach § 13 b und § 13 a Abs. 2 i.V.m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Von einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie von einem Umweltbericht nach § 2 a BauGB war deshalb abgesehen worden.

Der Entwurf der 6. Änderung des Bebauungsplanes mit Begründung in der Fassung vom 20.07.2021 lag in der Zeit vom 11.10.2021 bis 12.11.2021 im Rathaus der Gemeinde Theilheim während der allgemeinen Dienststunden zur öffentlichen Einsichtnahme aus. Des Weiteren stand die Bebauungsplanänderung mit Begründung in digitaler Form auf der Homepage der Gemeinde Theilheim bereit (<https://www.theilheim.de> – Hauptmenüpunkt „Bauleitplanung“). Während der Auslegungsfrist konnten Bedenken und Anregungen schriftlich geltend gemacht oder während der vorgenannten Dienststunden zu Protokoll gegeben werden. In der Bekanntmachung wurde darauf hingewiesen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können.

In der öffentlichen Auslegung gingen keine Stellungnahmen ein.

Folgende Träger öffentlicher Belange wurden im Verfahren zeitgleich unterrichtet und gemäß § 4 Abs. 2 BauGB um Stellungnahme bis 12.11.2021 gebeten:

- Landratsamt Würzburg, 97074 Würzburg
- Regierung von Unterfranken, Höhere Landesplanungsbehörde, 97070 Würzburg
- Kreisbrandrat Reitzenstein, Landratsamt Würzburg, 97074 Würzburg
- Regionaler Planungsverband Würzburg, 97753 Karlstadt
- Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF), 97074 Würzburg
- Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg, Servicestelle Würzburg, 97082 Würzburg
- Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg, Abfallwirtschaftsbetrieb Team Orange, 97209 Veitshöchheim
- Zweckverband Abwasserbeseitigung Großraum Würzburg, 97209 Veitshöchheim
- Zweckverband Fernwasserversorgung Franken
- Mainfranken Netze GmbH, 97070 Würzburg
- Deutsche Telekom AG, 97070 Würzburg
- Bayernwerk AG, 97828 Marktheldenfeld
- Kabel Deutschland Holding AG, 85774 Unterföhring (Vodafone)

- Bund Naturschutz Bayern e.V., Würzburg
- Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V. (LBV), 97209 Veitshöchheim

Die nachfolgend genannten Stellungnahmen sind im Verfahren eingegangen. Erster Bürgermeister Herpich verliest die wesentlichen Inhalte der Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange, der Gemeinderat wägt die Stellungnahmen wie folgt ab:

TOP 01.03.01	Dt. Telekom Technik GmbH vom 11.10.2021
Lfd. Nr.	

Beschluss 1:

Die Gemeinde Theilheim nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis; das Plangebiet ist im Wesentlichen bereits erschlossen (Baumaßnahme Entlastungskanal Reissgarten: In diesem Zuge wurde der Telekommunikationsanschluss für das Baugebiet bereits hergestellt). Bei Koordinationsbedarf von Erschließungsmaßnahmen nimmt die Gemeinde rechtzeitig Kontakt auf.

Abstimmungsergebnis: 11 : 0

TOP 01.03.02	Mainfranken Netze GmbH vom 13.10.2021
Lfd. Nr.	

Beschluss 1:

Die Gemeinde Theilheim nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis; das Plangebiet ist im Wesentlichen bereits erschlossen (Baumaßnahme Entlastungskanal Reissgarten: In diesem Zuge wurde der Stromanschluss für das Baugebiet bereits hergestellt). Bei Koordinationsbedarf von Erschließungsmaßnahmen nimmt die Gemeinde rechtzeitig Kontakt auf.

Abstimmungsergebnis: 11 : 0

TOP 01.03.03	Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 30.11.2017, 13.10.2021, 27.01.2022, 20.10.2022, 05.05.2023
Lfd. Nr.	

Beschluss 1:

Die Gemeinde Theilheim hat eine ausführliche Risikoabwägung zu den o. g. Stellungnahmen des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bzw. zum Themenkomplex Baumfallgrenze vorgenommen; auf den heutigen Beschluss zum eigenen TOP „Risikoabwägung Baumfallgrenze“ wird verwiesen; der Abwägungsbeschluss ist als Anlage der Begründung des Bebauungsplanentwurfs beigelegt und wird dem Träger öffentlicher Belange zur Verfügung gestellt.

Der Vollständigkeit halber ist der heutige Beschluss „Risikoabwägung Baumfallgrenze“ bei Abschluss des Sitzungsprotokolls diesem TOP als Anlage beizufügen.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

TOP 01.03.04	team orange vom 21.10.2021
Lfd. Nr.	

Beschluss 1:

Es ist in Theilheim üblich und bekannt, dass Stichstraßen nicht von Müllfahrzeugen angefahren werden. Abfallbehälter sind deshalb im Bereich der Einfahrt der Stichstraße zur Leerung bereit zu stellen.

Dazu bedarf es keines Hinweises im Bebauungsplan, dieser wurde gleichwohl aufgenommen

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

TOP 01.03.05	BUND Naturschutz in Bayern vom 21.10.2021
Lfd. Nr.	

Beschluss 1:

Die Gemeinde Theilheim hat die Planung überarbeitet;

zwischenzeitlich wurde durch das Büro Martin Beil, Landschaftsarchitekt BDLA, Würzburg, geprüft, ob der Plan voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen hat und ob Beeinträchtigen des Landschaftsbildes oder der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts entsprechend auszugleichen wären.

Da voraussichtlich Umweltauswirkungen entstehen werden, hat die Gemeinde Theilheim eine vollwertige Umweltprüfung durch das Büro Martin Beil, Landschaftsarchitekt BDLA, Würzburg, durchführen und einen Umweltbericht erstellen lassen; dieser ist Bestandteil der Begründung der 6. Änderung des „Gesamtbebauungsplans – Teil I“ mit integriertem Grünordnungsplan.

Die Auswirkungen auf den Naturhaushalt und das Landschaftsbild, insbesondere auf den Boden sowie die Tier- und Pflanzenwelt werden gemäß Bestandsbeschreibung und Bewertung in der Begründung aufgeführt und damit ermittelt.

Zudem sind auch Maßnahmen zur Vermeidung von Eingriffen bzw. zur Minderung und zum Ausgleich von Eingriffswirkungen festgesetzt. Damit werden die Belange von Naturschutz und Landschaftspflege (und auch der Biodiversität) berücksichtigt.

Es wird zudem darauf hingewiesen, dass hier mit vergleichsweise geringerem Erschließungsaufwand und Flächenverbrauch Wohnraum geschaffen werden kann.

Besonderer Artenschutz

Eine Schädigung geschützter Vogelarten wird im artenschutzrechtlichen Beitrag auch ohne artenschutzrechtlichen Ausgleich nicht prognostiziert. Der Geltungsbereich wurde auf mögliche Vorkommen der Zauneidechse hin untersucht. Aufgrund der örtlichen Biotopstruktur kann u.a. aufgrund fehlender Verstecke, häufigerer Mahd sowie intensiverer Beschattung ein Vorkommen mit ausreichender Sicherheit ausgeschlossen werden. Dieser Beurteilung hat sich auch die Untere Naturschutzbehörde angeschlossen. Eine weitere Prüfung ist nicht erforderlich.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

TOP 01.03.06	Vodafone GmbH vom 04.11.2021 (2 Stellungnahmen)
Lfd. Nr.	

Beschluss 1:

Die Gemeinde Theilheim nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis; das Plangebiet ist im Wesentlichen bereits erschlossen. Bei Koordinationsbedarf von Erschließungsmaßnahmen nimmt die Gemeinde rechtzeitig Kontakt auf.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

TOP 01.03.07	Regionaler Planungsverband vom 05.11.2021
Lfd. Nr.	

Beschluss 1:

Die Gemeinde Theilheim nimmt die Stellungnahme des Regionalen Planungsverbandes vom 05.11.2021 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

TOP 01.03.08	Regierung von Unterfranken vom 03.11.2021
Lfd. Nr.	

Beschluss 1:

Die Gemeinde Theilheim nimmt die Stellungnahme der Regierung von Unterfranken vom 03.11.2021 zur Kenntnis.

Die Regierung von Unterfranken erhält nach Inkrafttreten der 6. Änderung des Gesamtbebauungsplans Teil I eine Ausfertigung auf digitalem Weg,

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

TOP 01.03.09	Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg vom 11.11.2021
Lfd. Nr.	

Beschluss 1:

Die Gemeinde Theilheim nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis; das Plangebiet ist im Wesentlichen bereits erschlossen (Baumaßnahme Entlastungskanal Reissgarten: In diesem Zuge wurden Wasserversorgung und Entwässerung für das Baugebiet bereits hergestellt; auf eine mengen- und druckmäßige ausreichende Wasserversorgung wurde geachtet und mit der Fernwasserversorgung Franken abgestimmt).

Die Gemeinde entwässert weiterhin im Mischsystem.

Das nachfolgende Entwässerungsnetz ist ausreichend dimensioniert; Fremdwasser wird nicht eingeleitet.

Im Bauleitplanverfahren wurden als Träger öffentlicher Belange beteiligt:

- Zweckverband Abwasserbeseitigung Großraum Würzburg
- Zweckverband Fernwasserversorgung Franken

Die Gemeinde fördert den Einbau von Zisternen (Förderung von Maßnahmen zur Wasserrückhaltung) pauschal mit 500 EUR pro Zisterne.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

TOP 01.03.10	Landratsamt Würzburg vom 11.11.2021 und vom 26.04.2023
Lfd. Nr.	

Beschluss 1:

Teil Bauplanungsrecht / Städtebau

Da die zuständige Behörde für die Prüfung des Bedarfsnachweises – die Regierung von Unterfranken – keinen Bedarfsnachweis gefordert hat, es sich nur um 2 Baugrundstücke handelt und für eines der beiden Grundstücke bereits eine konkrete Bauabsicht besteht, wird auf den empfohlenen Bedarfsnachweis verzichtet.

In der Planzeichnung und in der Legende sind die Höhenlinien zu ergänzen.

Eine Notwendigkeit zur weiteren Konkretisierung der Zufahrt wird nicht gesehen, das entsprechende Planzeichen („Bereich ohne Ein- und Ausfahrt“) wurde aufgenommen.

Zu Pkt. 2:1 Die Oberkante Keller- bzw. Untergeschossdecke darf für talseits der Straße liegende Gebäude max. 0.30 m über OK Fahrbahn liegen (gemessen an der höchsten Fahrbahnkante innerhalb der Gebäudelänge).

Zu Pkt. 2: Einer textlichen Festsetzung von GRZ und GFZ bedarf es nicht.

Zu Pkt. 5.1.1 wurde aufgenommen; zulässige Dachformen sind Sattel- und Walmdächer. Die zulässige Dachform ist in den Festsetzungen ausreichend beschrieben.

Zu Pkt. 6.2.: Die Frage wird bejaht.

Zu Pkt. 7: Die Empfehlung des Landratsamtes ist sinnvoll. Dazu erfolgt noch eine Ausarbeitung.

Insgesamt wird festgestellt, dass die 6. Änderung des Bebauungsplanes „Gesamtbebauungsplan – Teil I“ die Festsetzungen des Bebauungsplanes „Gesamtbebauungsplan – Teil I“ ersetzt.

Baumfallgrenze / Schreiben vom 26.04.2023: Es wurden Stellungnahmen des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eingeholt; Die Gemeinde Theilheim hat eine ausführliche Risikoabwägung zu den Stellungnahmen des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bzw. zum Themenkomplex Baumfallgrenze vorgenommen; auf den heutigen Beschluss zum eigenen TOP „Risikoabwägung Baumfallgrenze“ wird verwiesen; der Abwägungsbeschluss ist als

Anlage der Begründung des Bebauungsplanentwurfs beigelegt und wird dem Träger öffentlicher Belange zur Verfügung gestellt. Der Vollständigkeit halber ist der heutige Beschluss „Risikoabwägung Baumfallgrenze“ bei Abschluss des Sitzungsprotokolls diesem TOP als Anlage beizufügen.

Die Baumfallgrenze ist im Plan dargestellt.

Ergänzt wird der aktuelle Stand der Baunutzungsverordnung, die dieser 6. Änderung des Bauleitplans zugrunde liegt.

Beschluss 2:

Teil Wasserrecht / Bodenschutz

Das Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg wurde im Verfahren als Träger öffentlicher Belange beteiligt.

Eine ordnungsgemäße Erschließung ist bereits hergestellt.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

Beschluss 3:

Teil Immissionsschutz

Wird zur Kenntnis genommen

Das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wurde im Verfahren beteiligt.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

Beschluss 4:

Naturschutz

Wird zur Kenntnis genommen

Die Gemeinde Theilheim hat die Planung überarbeitet; zwischenzeitlich wurde durch das Büro Martin Beil, Landschaftsarchitekt BDLA, Würzburg, geprüft, ob der Plan voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen hat und ob Beeinträchtigen des Landschaftsbildes oder der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts entsprechend auszugleichen wären.

Da voraussichtlich Umweltauswirkungen entstehen werden, hat die Gemeinde Theilheim eine vollwertige Umweltprüfung durch das Büro Martin Beil, Landschaftsarchitekt BDLA, Würzburg, durchführen und einen Umweltbericht erstellen lassen; dieser ist Bestandteil der Begründung der 6. Änderung des „Gesamtbebauungsplans – Teil I“ mit integriertem Grünordnungsplan.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

Beschluss 5:

Denkmalschutz

Die Bezeichnung der zitierten Vorschriften wird korrigiert.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

Beschluss 6:
Gesundheitsamt

Wird zur Kenntnis genommen

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

Beschluss 7:
Kreisentwicklung

Wird zur Kenntnis genommen

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

Beschluss 8:
Regelungen zur trümmersicheren Errichtung der Gebäude (Schreiben vom 26.04.2023)

Ein entsprechender Hinweis wurde unter Nr. 7 aufgenommen.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

TOP 01.04	Bauleitplanverfahren: Billigungs- und Auslegungsbeschluss
Lfd. Nr.	

Beschluss 1:

1. Die Gemeinde Theilheim nimmt die von Wegner Stadtplanung | Büro Martin Beil Landschaftsarchitekt BDLA ausgearbeiteten Planunterlagen zur 6. Änderung des Gesamtbebauungsplans Teil I mit integriertem Grünordnungsplan (Planunterlage und Begründung der Änderung mit Umweltbericht) Stand 09.09.2024 vollinhaltlich zur Kenntnis und billigt diese mit folgender Maßgabe:

Die Planunterlagen zur 6. Änderung des Gesamtbebauungsplans Teil I sind aufgrund der heute gefassten Abwägungsbeschlüsse entsprechend zu überarbeiten, anzupassen und zu ergänzen.

2. Aufgrund der Öffentlichkeitsbeteiligung und Behördenbeteiligung 2021 wird von einer frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Behördenbeteiligung abgesehen (§ 215 a BauGB i. V. m. § 3 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 BauGB).
3. Gemäß § 215 a BauGB i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB beschließt der Gemeinderat zur Beteiligung der Öffentlichkeit die erneute öffentliche Auslegung der Planung nach Nr. 1 dieses Beschlusses durchzuführen und dabei alle für die Planung relevanten Unterlagen öffentlich zu jedermanns Einsicht bereitzuhalten und zu erläutern. Die genaue Auslegungsfrist ist mit dem Planungsbüro abzustimmen:

Der Entwurf des Bebauungsplanes ist mit der Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen für die Dauer eines Monats, im Internet zu veröffentlichen. Zusätzlich zur Veröffentlichung im Internet ist eine Zugangsmöglichkeit durch eine öffentliche Auslegung der Planunterlagen zur Verfügung zu stellen. Die Internetseite, die Dauer der Veröffentlichungsfrist sowie Angaben

dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sind vor Beginn der Veröffentlichungsfrist ortsüblich bekannt zu machen; in der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen während der Dauer der Veröffentlichungsfrist abgegeben werden können, dass Stellungnahmen elektronisch übermittelt werden sollen, bei Bedarf aber auch auf anderem Weg abgegeben werden können, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können und welche anderen leicht zu erreichenden Zugangsmöglichkeiten nach Satz 2 bestehen.

Parallel ist erneut das Verfahren nach § 4 Abs. 2 BauGB (Beteiligung der Behörden) auf elektronischem Weg durchzuführen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren normenkonform weiter abzuarbeiten und so vorzubereiten, dass es bis 31.12.2024 abgeschlossen werden kann.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

TOP 02.	KiTA Theilheim: LV500.2 Garten- und Landschaftsbauarbeiten mit Asphaltbauarbeiten: Vergabe (Dringlichkeitsentscheidung des Ersten Bürgermeisters vom 12.09.2024)
Lfd. Nr.	

Sachverhalt:

Der Vergabevorschlag des Büros TOPONEO Engel & Schneider Landschaftsarchitekten PartG mbB zu LV 500.1 Garten- und Landschaftsbauarbeiten mit Asphaltbauarbeiten liegt vor.

Im Rahmen des jour fixe am 12.09.2024 hat sich heraus kristallisiert, dass zur Einhaltung des Bauzeitenplans und damit im weiteren Bauablauf jeder Arbeitstag zählt, um einen Umzug der KiTA noch im Jahr 2024 möglich zu machen. Dies ist erklärtes Ziel der Gemeinde Theilheim, schon allein, um die Mietkosten für die KiTA Interim ab 2025 einzusparen (monatlich 31.535,00 EUR brutto). Eine Vergabe war deshalb dringend und unaufschiebbar.

Erster Bürgermeister Herpich hat daher am 12.09.2024 im Rahmen des jour fixe folgende Dringlichkeitsentscheidung getroffen: **Nach Prüfung des vorliegenden Angebots durch TOPONEO Engel & Schneider Landschaftsarchitekten PartG mbB, erteilt die Gemeinde Theilheim für das Gewerk 500.1 Garten- und Landschaftsbauarbeiten mit Asphaltbauarbeiten den Zuschlag auf das Angebot des Bieters Johannes Burger Bau GmbH, Gartenstraße 11, 97708 Steinach, vom 27.08.2024, mit einer Wertungssumme von 435.736,46 € brutto und beauftragt diesen mit der Durchführung der Arbeiten.**

Rechtslage:

Gemäß Geschäftsordnung kann der Erste Bürgermeister in eigener Zuständigkeit in allen Angelegenheiten mit finanziellen Auswirkungen für die Gemeinde Verträge bis zu einem geschätzten Auftragswert von 10.000,00 € abschließen (§ 11 Abs. 2 Nr. 2 Buchst. d der Geschäftsordnung für den Gemeinderat.

Nach Art. 37 Absatz 3 Gemeindeordnung (GO) ist der Bürgermeister befugt, an Stelle des Gemeinderats in konkreten Eilfällen zu handeln. Die Angelegenheit hat eine rasche Entscheidung erfordert, da sonst der Gemeinde ein erheblicher finanzieller Nachteil entstehen würde.

Finanzielle Auswirkungen:
Haushaltsstelle 1.4641.9400.0

Haushaltsansatz 2024 (1.4641.9400.0)	5.300.000,00 EUR
Aktuell durch Aufträge und Nachträge gebundener Ansatz (incl. aller Vergabeentscheidungen in der heutigen nichtöffentlichen Sitzung)	3.450.929,90 EUR
Bisherige Anordnungen 2024	1.616.593,00 EUR
Zwischensumme	5.067.522,90 EUR
2024 noch verfügbare Haushaltsmittel	232.477,10 EUR
Finanzplanung 2025:	400.000,00 EUR

Stand 13.09.2024

TOP 03.	Informationen des Ersten Bürgermeisters
Lfd. Nr.	

TOP 03.01	Theilheimatfest 2025
Lfd. Nr.	

Sachverhalt:

Der Sitzungsleiter gibt bekannt, dass das Organisationsteam für das Teilheimatfest 2025 am 30.09.2024, 20:00 Uhr, Jakobstalhalle, ein Vorbereitungstreffen hat.

TOP 03.02	Reform der STVO: Neue Anordnungsmöglichkeiten-für Kommunen
Lfd. Nr.	

Sachverhalt:

Siehe Anlage (Schreiben des Bayerischen Gemeindetags vom 28.08.2024 zur Reform der Straßenverkehrsordnung (StVO).

Diskussionsverlauf:

1. Bürgermeister Herpich informiert darüber, dass die Reform der StVO auch der Gemeinde Teilheim neue Möglichkeiten eröffnet. So kann nun auch auf überörtlichen Straßen innerorts eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h eingerichtet werden. Chancen bestehen damit auch für einen Fußgängerüberweg auf der Staatsstraße 2272, der von den Straßenbaulastträgern und den Verkehrsbehörden bislang kategorisch abgelehnt wurde

TOP 03.03	Inbetriebnahme Aufzug in der Grundschule
Lfd. Nr.	

Diskussionsverlauf:

Die Liftanlage im Treppenhaus der Grundschule ist betriebsbereit. Ein Testlauf von Lehrkräften und Schülern hat gezeigt, dass sie auch funktioniert.

TOP 03.04	Änderungsvertrag Mittelschulverband Würzburg-Ost
Lfd. Nr.	

Sachverhalt:

Am 22. Juli 2024 teilte die Stadt Würzburg Fachbereich Schule mit, dass sich im 1. Änderungsvertrag zur Neuorganisation der Einzugsbereiche des Mittelschulverbandes Würzburg Ost, in der Präambel ein falsches Datum eingeschlichen hätte.

Erster Bürgermeister Herpich teilte dem Fachbereich daraufhin mit, dass durch die Tatsache, dass es sich hierbei um einen redaktionellen Fehler handeln würde und die Rechtswirksamkeit des Vertrages hierdurch nicht tangiert sei, er den bereits in der Sitzung am 17.03.2022 vom Gemeinderat angenommenen Vertrag (11:0), dem Rat nicht nochmals zum Beschluss vorlegen wird.

TOP 03.05	Waldneuordnung
Lfd. Nr.	

Diskussionsverlauf:

Nach der Präsentation von XXXXXXXX vom Amt für Ländliche Unterfranken in der Gemeinderatssitzung vom 03.06.2024 haben sich nun die vier Gemeinderatsmitglieder Josef Beck, Bernhard Bell, Reinhold Hofmann und Johannes Lang gefunden, um sich um die Waldneuordnung in Theilheim zu kümmern. 1. Bürgermeister Herpich bittet darum, dass man sich berät und auf Grundlage der Präsentation der Verwaltung dann mitteilt, wie man das Projekt anstoßen möchte.

TOP 03.06	Höchstspannungsleitung Grafenrheinfeld - Großgartach
Lfd. Nr.	

Diskussionsverlauf:

Der Sitzungsleiter informiert darüber, dass es mit der Höchstspannungsleitung Grafenrheinfeld – Großgartach im Zuge des Großprojekts Südlink Ernst wird. So soll mit der Zubeseilung der Strecke Grafenrheinfeld – Rittershausen begonnen werden. Auf Theilheimer Gemarkung bedeutet das, dass die großen 380 kV-Masten mit weiteren Stromleitungen versehen werden.

TOP 04.	PV-Freiflächenanlage "Solarpark Theilheim südlich BAB A 3"
Lfd. Nr.	

Sachverhalt:

Die Südwerk Energie GmbH aus Burgkunstadt hat bei der Gemeinde Theilheim eine Vorlage im Genehmigungsverfahren für das Errichten einer Freiflächen-Photovoltaikanlage auf Theilheimer Gemarkung eingereicht. Das Vorhaben hat die Bezeichnung „Solarpark Theilheim südlich BAB A 3“.

Der Bau der Anlage soll im Gemarkungsbereich „Mühlrain“ auf den Grundstücken Fl.Nr. 5565 und 5566 sowie auf Teilflächen der Grundstücke Fl.Nr. 5563, 5562, 5558 und 5559 erfolgen. Im Gemarkungsbereich „Kümmerholzäcker“ sind von der geplanten Maßnahme die Grundstücke Fl.Nr. 809, 809/1, 810, 818, und 819 betroffen.

Es soll eine Gesamtfläche von 98.438 m² überbaut werden, davon 65.115 m² mit Modultischen bis zu einer Höhe von 3,50 m über dem natürlichen Gelände. Für Nebenanlagen / Zufahrten werden 250 m²

benötigt. Die Anlage soll eine Gesamtleistung von 10 – 11 MWp haben. Damit soll eine jährliche Strommenge von 10 – 11 Millionen kWh erzeugt werden.

Die Anlage soll laut Begründung an das Stromnetz des örtlichen Netzbetreibers angeschlossen werden. Eine Netzreservierung ist erst mit Einreichung des Bauantrags möglich. Der finale Netzanschlusspunkt wird noch zwischen dem Vorhabenträger und dem örtlichen Energieversorger festgelegt.

Das Vorhaben liegt innerhalb des 200 m-Korridors der BAB A 3. Deshalb wird das Vorhaben von der Südwerk Energie GmbH als Vorlage im Genehmigungsverfahren nach Art. 58 Abs. 2 BayBO für die nach § 35 Abs. 1 Nr. 8 BauGB privilegierten Vorhaben eingereicht.

Im Landschaftspflegerischen Begleitplan wird auf das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) verwiesen. Danach sollen Freiflächen-Photovoltaikanlagen vorzugsweise auf vorbelasteten Standorten realisiert werden. Vorbelastungen bestehen laut Begründung von Südwerk im Planungsbereich neben der BAB A 3 für die östlichen Teilflächen (Mühlrain) durch bestehende Hochspannungsleitungen und für die westlichen Teilflächen (Kümmerholzäcker) mit dem vorhandenen Windrad.

Dazu wird auf die Gemeinderatssitzung vom 22.07.2024, TOP 12 – Moratorium bei der Ausweisung neuer PV-Freiflächenanlagen – verwiesen. Dazu gab es folgenden Beschluss:

Bis zum Abschluss der Bauarbeiten der derzeit projektierten PV-Freiflächenanlagen (Nassler und Lange Weide/Landstein) sowie der sich derzeit im Genehmigungsverfahren befindlichen 3 bis 4 WEAs im WK44, wird ein Moratorium über die weitere Entwicklung von PV-Freiflächenanlagen in der Gemarkung der Gemeinde Theilheim in Kraft gesetzt.

Bis zum 30.06.2026 werden keine weiteren Anträge zu PV-Freiflächenanlagen im Bauleitverfahren behandelt. Diese Maßnahme betrifft ausdrücklich nicht potentielle Ausweitungen des WK44.

Bei Vorlage eines Genehmigungsverfahrens für die Errichtung und Änderung der im Außenbereich nach § 35 Abs. 1 Nr. 8 Buchst. b BauGB privilegierten PV-Anlagen im Korridor von 200 Metern längs von Autobahnen trifft die Gemeinde eine Einzelfallentscheidung nach Art. 58 Abs. 2 Satz 2 BayBO i.V.m. Art. 58 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 BayBO

Abstimmungsergebnis: 5:7. Aufgrund des Abstimmungsverhältnisses ist der Beschlussvorschlag abgelehnt.

Beschluss 1:

Die Vorlage der Südwerk Energie GmbH aus Burgkunstadt zum Errichten einer PV-Freiflächenanlage „Solarpark Theilheim südlich BAB A 3“ wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

TOP 05.	Fragen aus dem Gemeinderat
Lfd. Nr.	

TOP 05.01	Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 22.07.2024
Lfd. Nr.	

Diskussionsverlauf:

Auf Nachfrage hin teilt 1. Bürgermeister Herpich mit, dass das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 22.07.2024 von ihm nicht rechtzeitig freigegeben wurde. Die Genehmigung wird für die Oktober-Sitzung vorgesehen.

TOP 05.02	Glasfaserausbau
Lfd. Nr.	

Diskussionsverlauf:

Es wird moniert, dass der Gehweg in der Bachstraße aufgrund des Glasfaserausbaus nicht begehbar ist, weil der Leitungsgraben nur geschottert wurde. Der Schotter hat sich nun auch auf der Straße verteilt, was die Situation nun noch verschärft hat.

1. Bürgermeister Herpich informiert darüber, dass der Glasfaserausbau in Theilheim eigentlich bis 31.12.2023 erledigt sein sollte, was leider nicht funktioniert hat. Man hat die Telekom nun aufgefordert, dafür zu sorgen, dass der Tiefbau bis 31.10.2024 beendet ist und alle Gräben bis dahin zumindest mit der Asphalttragdecke verschlossen sind.

Für die Richtigkeit:

Thomas Herpich
Erster Bürgermeister

Thomas Häusner
Bauamtsleiter